

Newsletter

Nr. 35 / März 2012

Studien und ihre mediale Übersetzung

-ein Plädoyer für ein politisches Verantwortungsbewusstsein-

Es vergeht fast kein Monat in Deutschland, in dem nicht eine neue Studie veröffentlicht oder eine Debatte geführt wird über Migranten/innen, besser gesagt über Menschen muslimischen Glaubens.

Die jüngste Studie „Lebenswelten junger Muslime in Deutschland“¹, die im Auftrag des Bundesinnenministeriums erstellt wurde, löste erneut eine öffentliche Debatte über Migrant/innen aus. Bekannterweise sind solche Studien sehr komplexe Dokumente über mehrere hundert Seiten.

Eine Studie solchen Umfangs bedarf daher einer genauen Analyse um bewertende Aussagen tätigen zu können. Einzelne Passagen einer solchen Studie werden jedoch immer wieder zusammenhangslos zu populistischen Zwecken, medial übersetzt, in Szene gesetzt. Jüngst wieder einmal derart, dass junge Muslim/innen als „Integrationsverweigerer“ dastehen.² Daher sind die Medienmacher/innen, aber auch politisch Verantwortlichen dringend zum Fingerspitzengefühl aufgefordert. Dieses Fingerspitzengefühl hat Herr Friedrich leider nicht bewiesen, im Gegenteil. So ist die Kritik an der Art und Weise der Darstellung der Inhalte mehr als berechtigt. Aber nicht nur die Inhalte, sondern auch der Zeitpunkt spielen dabei eine wichtige Rolle. Denn kurz nach der „Gedenkveranstaltung für die Opfer rechtsextremistischer Gewalt“³ am 23.2.12 zu der die Bundeskanzlerin eingeladen hat, wurde die Studie in dieser Weise der Öffentlichkeit vorgestellt. Im Mittelpunkt der Feier stand die Ehrung der Mordopfer⁴. Die klaren Worte

der Kanzlerin, vor allem, die Bitte um Verzeihung der Angehörigen waren richtige Signale. Leider wirken diese und andere Handlungen wie eine Farce, wenn den politisch Verantwortlichen sowie Medienvertreter/innen eben dieses Fingerspitzengefühl fehlt. Kerzen, wie die „zwölfte Kerze“ bei der e.g. Feier, die "Hoffnung" symbolisieren sollen, verlieren somit ihre Bedeutung. Die Hoffnung, aber auch das Vertrauen, vor allem der Migrant/innen kann nur gestärkt werden, wenn neben dem erwähnten Fingerspitzengefühl auch glaubwürdige und verantwortungsbewusste Handlungen erfolgen. Daher ist die Politik aufgefordert, nicht nur die Phänomene von Rassismus, vor allem gegen Muslime/Musliminnen, zu benennen, sondern auch klar und deutlich Position zu beziehen. Ebenso sind sie aufgefordert, Wege für ein Verbot rassistischer Parteien und Gruppierungen zu finden, damit diese nicht weiter ihr Gedankengut verbreiten bzw. Morde begehen und somit den Frieden und die Demokratie in unserem Land gefährden können.

Damit Ismail Yozgat und seine Enkelkinder sagen können, damals wurde mein Sohn, mein Vater getötet, aber ich glaube an die Demokratie und die politische Verantwortlichen, weil sie damals richtig gehandelt haben. Damit Semiye Simsek und Gamze Kubasik, deren Väter von den Rechtsterroristen ermordet wurden, in den kommenden Jahren, wenn sie ihren Schmerz überwunden haben und weil die richtigen politischen Handlungen erfolgt sind, sagen können, ja Deutschland ist unser Zuhause....

Ihr AGARP-Team

Inhalt

Editorial	1
Int. Wochen gegen	2
Rassismus	
AGARP in Aktion	2
Kündigung bei	2
Diskriminierung	
Junge MigrantInnen	3
Girls Day/Boys Day	3
Bildungsrepublik 2012	3
Weiterbildungspreis	4
Dialog der Kulturen	4
Filmseminar	4
Ausstellung	4
Medinetz RLP	5
Integrationsmedaille	5
Termine	5
Interview	6

Impressum

Herausgeberin:

AGARP. Arbeitsgemeinschaft
der Beiräte für Migration und
Integration in Rheinland-Pfalz
Frauenlobstr. 15-19
55118 Mainz

Redaktion und Texte:

Nurhayat Canpolat,
Vito Contento,
Ingrid Neuhaus, Maria Ogel,
Sibel Soyer, Sabina Steller,
Jamila Adler, Filiz Kocatürk

Kontakt

newsletter@agarp.de
Tel. 06131/ 638435

¹ http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2012/02/junge_muslime.html

² <http://www.migazin.de/wp-content/uploads/2012/03/Stellungnahme-zur-Studie-Lebenswelten-junger-Muslime-in-Deutschland-Foroutan-HU.pdf> (Seite 3)

³ <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Berichte/DE/Reisen-und-Termine/2012/02/120223-Gedenkveranstaltung.html>

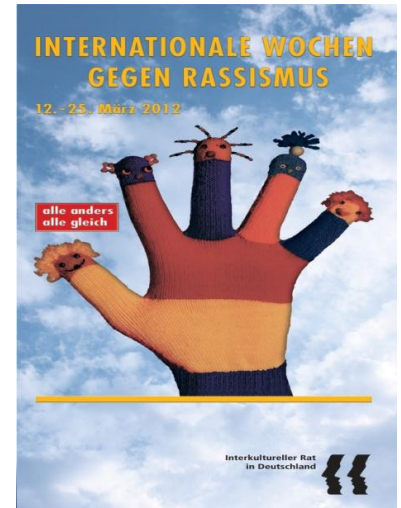
⁴ <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2012/02/2012-02-23-bkin-gedenkveranstaltung.html>

Internationale Wochen gegen Rassismus 2012

Alljährlich finden die Internationalen Wochen gegen Rassismus im Gedenken an das Massaker von Sharpeville (Südafrika) am 21. März 1960 statt. Damals wurden auf einer Demonstration gegen das Apartheid-Regime 69 Menschen von der Polizei getötet und Hunderte verletzt. In diesem Jahr finden die Internationalen Wochen in Deutschland vom 12.- 25. März 2012 statt. Gemeinsam mit mehr als 60 bundesweiten Organisationen und Einrichtungen ruft der Interkulturelle Rat in Deutschland dazu auf, sich an den Aktionswochen zu beteiligen und Zeichen gegen Rassismus zu setzen.

Auf den Seiten des Interkulturellen Rats können Sie sich über Hintergründe der Aktionswochen gegen Rassismus informieren, [Infomaterial bestellen \(in mehreren Sprachen\)](#), einen [Veranstaltungskalender](#) mit Suchfunktion nutzen und eigene Veranstaltungen und Initiativen bekannt machen.

Weitere Informationen direkt beim [Interkulturellen Rat in Deutschland](#).



Internationaler Tag gegen Rassismus – AGARP in Aktion



Im Rahmen des Internationalen Tages gegen Rassismus am 21. März 2012, wurde bundesweit unter dem Motto „Es ist 5 vor 12!“ zu Protestaktionen gegen Rassismus aufgerufen. Die AGARP hat mit einem Transparent

„**Rassismus ist Alltag – handle jeden Tag!**“

an den Fenstern der Geschäftsstelle ein Zeichen gesetzt. Angesichts der jüngsten Debatten und Ereignisse,

wie der NSU-Morde, war es uns wichtig daran zu erinnern, dass sich Rassismus eben nicht allein in rechtsextremer Gewalt und Mord ausdrückt. Rassismus hat viele Gesichter, machen wir sie sichtbar und handeln wir!

Hintergründe zum Internationalen Tag gegen Rassismus [hier!](#)

Video über eine Aktion in einer Berliner U-Bahn [hier!](#)

Integrationsbeirat fordert Kündigung bei rassistischer Diskriminierung

Der Bundesbeirat für Integration hat ein 10-Punkte-Papier zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremer Gewalt beschlossen.

Als ersten Punkt betont das Papier die Notwendigkeit entschlossener Aufklärung und effektiver Strafverfolgung im Fall der Neonazi-Mordserie. Dazu gehören auch, etwaige Fehler und Nachlässigkeiten bei der Arbeit der Sicherheitsbehörden aufzudecken und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Zum Schutz und zur Hilfe von Opfern rassistischer und rechtsextremistischer Gewalt sollten in Deutschland Anlaufstellen eingerichtet werden.

Zudem spricht sich der Beirat dafür aus, die Erinnerung an rassistische und rechtsextreme Gewalttaten durch geeignete Formen des Gedenkens aufrecht zu erhalten wie zum Beispiel durch Gedenkort und Stiftungen.

Für besonders wichtig hält es der Beirat, Diskriminierung und Rassismus am Arbeitsplatz entgegenzutreten: „Wir erwarten, dass die Sozialpartner in die Betriebe hineinwirken mit dem Ziel, dass rassistische Äußerungen aufgegriffen und konsequent sanktioniert werden bis hin zur Kündigung.“

Alle privaten und öffentlichen Arbeitgeber sind gefordert, gemeinsam mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gerade hier auf reale Chancen-

gleichheit hinzuarbeiten“. Erarbeitet wurde das Papier von einer Arbeitsgruppe des Beirates, die unmittelbar nach Bekanntwerden der Mordserie der Zwickauer Terrorzelle eingerichtet worden war. Staatsministerin und Vorsitzende des Beirates, Maria Böhmer (CDU), und Mustafa Yaman, Türkisch-Islamische Anstalt der Religion e.V. (Ditib), stellten das 10-Punkte-Papier am Dienstag (13.3.2012) zum Abschluss der zweitägigen Beratungen des Integrationsbeirates in Berlin vor.

Wortlaut des [10 - Punkte - Papiers!](#)

